

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2017

Das Wahlergebnis stellt, bei gesteigerter Wahlbeteiligung, einen Rechtsruck mit den damit verbundenen Gefahren dar. Mit der AfD ist eine rassistische, nationalistische Kraft, die eine Scharnierfunktion zu den offenen Faschisten, mit 13 Prozent zur drittstärksten Partei im Bundestag geworden. In Sachsen ist sie stärkste und in Ostdeutschland insgesamt zweitstärkste Partei. CDU, SPD, Grüne und Linke verloren Stimmen an die AfD.

Die 13 Prozent für die AfD entsprechen den Ergebnissen der sogenannten „Sinus“-Studien, die seit den 80er Jahren belegen, dass 13 Prozent der (west-)deutschen Bevölkerung über ein „in sich geschlossenes rechtstextremes Weltbild“ verfügen. Zufall oder nicht? Auf jeden Fall ist das „U-Boot“ namens „Neofaschismus“ wie schon einmal in Form der NPD in den 60er Jahren für alle unübersehbar wieder aufgetaucht.

Die Wahlergebnisse von CDU und SPD sind historische Tiefstände. Die traditionelle Sozialdemokratie ist in einer tiefen Krise. Die FDP konnte sich wieder bei denen etablieren, die sich auf der Gewinnerseite der Umverteilung von unten nach oben sehen. Die Grünen hielten ihr Ergebnis. Die Linkspartei hat unter dem Strich ein kleines Plus errungen, aber ihr Stimmen- und Bedeutungsverlust in den früheren Stammländern auf dem Territorium der DDR hält an. Sie verlor etwa 500.000 Stimmen an die AfD. Die viel zu frühzeitige Festlegung auf ein Wahlbündnis mit der SPD und den Grünen ohne wirkliche Klarstellung der „roten Linien“ oder der wichtigsten Inhalte für die ein solches Bündnis stehen würde, trug zum Profil- und Ansehensverlust gerade im

politischen bewussteren linken Wählerpotential bei.

Sollte tatsächlich eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen die Regierung bilden, wird diese, vor allem auch mit dem Druck von rechts durch die AfD für eine Verschärfung des aggressiven, sozialreaktionären Kurses des Deutschen Imperialismus stehen.

Die SPD, die den sozialen Abstieg von Massen mit der Agenda 2010 und Hartz-IV zu verantworten hat, die Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus möglich machte gibt keinen Grund zur Hoffnung auf eine tatsächliche Oppositionspolitik. Zumindest nicht auf eine Oppositionspolitik, gegen Krieg und sozialen Kahlschlag, wie sie dringend notwendig wäre.

Das Wahlergebnis drückt vor allem die große Widersprüchlichkeit im Massen-, aber auch im Klassenbewusstsein aus. Viele Menschen – vor allem auch im entindustrialisierten Osten – empfinden zu Recht Angst, vor allem hinsichtlich ihrer sozialen Perspektive, hinsichtlich der Sicherheit ihrer Lebenssituation. Diese Unsicherheit hat Nichtwähler wieder zur Wahlurne gebracht. Sie wollten der Politik der großen Koalition aus CDU und SPD eine Absage erteilen. Sie haben dieser Politik eine Absage erteilt. Sie glaubten den falschen und demagogischen Versprechen und Losungen. Indem sie mit der AfD eine Partei wählten, die keinen Hehl daraus macht, dass sie für einen sozialreaktionären, spalterischen, rassistischen Kurs steht, wählten sie einen „Ausweg“, der sich über kurz oder lang gegen sie selbst richten wird.

Die Linkskräfte in Deutschland waren nicht in der Lage überzeugende Antworten auf die berechnete Perspektiv-

angst zu geben. Wir bleiben dabei, dass Perspektivangst kein Rassismus ist, aber zum Nährboden für Rassismus werden kann, wenn keine nachvollziehbaren Wege für erfolgreiche Kämpfe um Frieden, soziale Rechte und Demokratie aufgezeigt werden. Diese Anforderung ergibt sich für alle Linken aus diesem Wahlergebnis.



Das Wahlergebnis der DKP mit 11.713 Stimmen ist sehr niedrig und kann uns nicht befriedigen. Es ist auch die Quittung dafür, dass wir seit 1989 zu keiner Bundestagswahl eigenständig angetreten sind. Unser Antritt war richtig, nicht weil wir auf Wahlergebnisse hofften, sondern weil wir damit einen Beitrag geleistet haben, um die DKP und ihre Inhalte bekannter zu machen und zu stärken. Wir haben „Rot auf die Straße“ getragen und werden das weiter tun. Das ist mittel- und langfristig der richtige Weg, um Massen- und Klassenbewusstsein zu ändern und auf den richtigen Gegner zu lenken.

Die DKP wird daher weiter mit ihrem Sofortprogramm für Frieden, Arbeit, Solidarität auf der Straße sein und aufzeigen, wo das Geld für Bildung und ein Gesundheitswesen, das Patienten und Beschäftigte nicht krank macht, zu holen ist: Aus dem Militärbudget und bei den Superreichen.

Sie wird weiter um Abrüstung, das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Frieden mit Russland ringen und sich für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst einsetzen. Sie wird weiter das Monopolkapital als

Hauptgegner benennen und zum gemeinsamen Kampf aufrufen – wissend, dass Veränderung auf der Straße und nicht mit dem Stimmzettel erreicht werden. Kämpfen für gemeinsame Interessen unabhängig von Weltanschauung, Alter, Herkunft und Geschlecht – kurzum: die Solidarität –

ist das, wovon die Herrschenden am meisten Angst haben. Solidarität ist unser Trumpf – sei es beim Streik im Betrieb, der Verhinderung einer Zwangsräumung in der Nachbarschaft oder einer Blockade neofaschistischer Demonstrationen. Solidarität ist auch unser Trumpf gegen die AfD.

ICAN fordert Atomwaffenverbot

Die 'Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen' (ICAN) hat kürzlich den Friedensnobelpreis erhalten. ICAN Deutschland fordert die Bundesregierung auf, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten und dies auch zum Thema der anstehenden Koalitionsverhandlungen für die Bildung der neuen Bundesregierung zu machen.

Wie die deutsche ICAN-Sektion auf ihrer Homepage mitteilt, sollen sich die Grünen bereits dafür ausgesprochen haben. Nun müsse man „Druck machen, damit auch CDU, CSU und FDP dabei sind und von der gefährlichen nuklearen Abschreckungspolitik abrücken“. ICAN Deutschland plant zu den Koalitionsverhandlungen Aktionen, braucht dafür aber noch Unterstützung.



ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) ist ein internationales Netzwerk für die Abschaffung aller Atomwaffen mit 450 angeschlossenen Organisationen in 100 Ländern der Welt. Es hat mit seinen Aktivitäten erheblich dazu beigetragen, dass im Juli dieses Jahres 122 Staaten im Rahmen der UNO einen „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ beschlossen haben. Dafür bekam es den diesjährigen Friedensnobelpreis.

Nach dem Wortlaut des Vertrags verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, niemals und unter keinen Umständen Kernwaffen zu entwickeln, herzustellen, anderweitig zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern, niemals Kernwaffen anzuwenden oder mit ihrer Anwendung zu drohen und weder direkt

noch indirekt Kontrolle über solche Waffen zu erlangen. Ferner gehört zu den Vertragsverpflichtungen, Kernwaffen nicht von anderen direkt oder indirekt übertragen zu bekommen oder ihre Stationierung, Installierung und ihren Einsatz auf dem eigenen Staatsgebiet zu erlauben.

Allerdings haben sich die fünf offiziellen Atommächte (USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China), aber auch viele andere bereits Atomwaffen besitzende oder danach strebende Staaten wie Indien, Pakistan, Israel, Nord- und Südkorea nicht an den Verhandlungen beteiligt. Aber auch Deutschland und die anderen NATO-Staaten und damit auch die meisten EU Staaten haben die Verhandlungen boykottiert. So kommt es, dass der Vertrag, der seit dem 20. September im UNO-Hauptquartier in New York zur Unterzeichnung aufliegt, aus Europa bisher nur die Unterschriften der Schweiz und Liechtensteins, Schwedens, Österreichs und Maltas bekommen hat.

ICAN Deutschland hat in einer Erklärung dazu festgestellt, dass sich die Bundesregierung offiziell zwar für eine Welt ohne Atomwaffen einsetze, „aber wenn es konkret wird, kuscht sie“. Dieser Doppelmoral müsse ein Ende gesetzt werden. Als Anwalt des humanitären Völkerrechts müsse sich Deutschland auch für ein Verbot „der grausamsten Waffe der Welt einsetzen, anstatt die Atommächte und ihre Abschreckungspolitik zu stützen“. Die Bundesregierung müsse sich angesichts der heutigen kritischen Situation „von der Abschreckungspolitik der NATO eindeutig distanzieren“.

In einer weiteren Erklärung vom 13. Oktober hat ICAN Deutschland die Attacke des USA-Präsidenten Trump auf das Atomabkommen mit dem Iran als „hochgefährlich“ kritisiert. Xanthe Hall, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, sagte dazu: „Wenn sich andere Staaten nicht mehr auf völkerrechtliche Verträge verlassen können,

schwindet ihr Vertrauen in Diplomatie und friedliche Lösungen. Auch Nordkorea wird so noch schwerer zu überzeugen sein, das Atomprogramm aufzugeben“. Das Abkommen mit dem Iran habe einen jahrelangen Konflikt beendet. Deshalb forderte Frau Hall, Deutschland solle sich schützend vor den Iran-Deal stellen. „Gleichzeitig sollte Trumps Verhalten für die Bundesregierung Anlass sein, sich von der Atomwaffenpolitik der USA zu emanzipieren“, indem sie dem internationalen Vertrag über das Atomwaffenverbot beitrifft und für den Abzug der US Atomwaffen aus Deutschland sorgt.

Deutsche Banken investieren Milliarden in Geschäfte mit Atomwaffen

Auf ihrer Homepage weist ICAN Deutschland nach, dass deutsche Finanzinstitute Milliardensummen in Firmen zur Herstellung von Atomwaffen investieren. Die Studie ist bereits am 8. Dezember 2016 von ICAN und der niederländischen Friedensorganisation PAX auf einer Pressekonferenz in Utrecht vorgestellt worden, ist aber in den vorherrschenden Medien kaum beachtet worden. Demnach haben zehn deutsche Finanzfirmen seit Januar 2013 bis Ende 2016 insgesamt 9,2 Milliarden in Firmen investiert, die an der Herstellung von Atomwaffen, Trägerraketen, Steuerungssystem usw. beteiligt sind.

Spitzenreiter dabei ist die Deutsche Bank, die 4,8 Milliarden zur Verfügung stellte. Ihr folgt die Allianz mit 1,6 Milliarden und die Commerzbank mit 1,5 Milliarden. Weiter gehören zu den Investoren (und Profiteuren) von Atomwaffenherstellern die Bayern LB mit 381 Millionen, die von den Sparkassen gebildete Deka-Gruppe mit 271 Mio., die hessisch-thüringische Landesbank Helaba mit 173 Mio., Siemens Financial Services mit 154 Mio. sowie die DZ Bank (Deutsche Zentrale Genossenschaftsbank), die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Landesbank Baden-Württemberg mit je 62 Millionen.

Fliegerhorst Jagel – der Widerstand geht weiter

Am 14. Oktober 2017 trafen sich erneut Kriegsgegner und Antimilitaristen zur zwanzigsten Mahnwache am Drohnen- und Tornadostandort Jagel. Diesmal war die Aufrüstung mit Drohnen das Thema:

Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen war für uns der Anlaß, hier in Jagel aktiv zu werden. Ende 2014 hatte Frau von der Leyen die Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr verkündet. Sie nennt sie verarmlosend bewaffnungsfähige Drohnen, nicht Kampfdrohnen oder Killerdrohnen.

Inzwischen ist klar: Angeschafft werden sollen Drohnen des Typs Heron TP, entwickelt von IAI (Israel Aerospace Industries). Ein unbemanntes Flugzeug, das je nach Beladung bis zu 36 Stunden fliegen, eine Tonne Last mit sich führen und über Satellitenkommu-

niert werden kann. Beteiligt an dem Deal sind Rheinmetall und EADS. Rheinmetall liefert Komponenten, etwa für die Bodenstation, von EADS kommen Techniker für Wartung sowie für Start und Landung der unbemannten Flugkörper. Die Entscheidung für diese Kampfdrohne hat auch industriepolitische Gründe. Es ist ein Wissenstransfer beabsichtigt.

Drohne steht auch eine angestrebte Unabhängigkeit von der US Technologie mit eigenständigen Kommunikationswegen und eigenständigen Handlungs- und Handels Absichten – durchaus in Konkurrenz zu den USA. Hier in Jagel gibt es mehr als 7 Jahre Erfahrung mit IAI Drohnen und Zusammenarbeit mit Rheinmetall und EADS Technik und Service. Soldat*innen aus Jagel bedienen seit 2010 Drohnen des Typs Heron1 in Afghanistan und seit diesem Jahr auch in Mali. Das Geschwader aus Jagel ist die einzige Einheit der Bundeswehr, die über Großdrohnen verfügt.

Die Heron 1 sind reine Aufklärungsdrohnen, Spionagedrohnen, sie sind unbewaffnet. Allerdings sind alle Drohnen Teil einer sogenannten „vernetzten Operationsführung“, dem engen Zusammenwirken unterschiedlicher

die BRD, die Habenichtse kostengünstig zu beherrschen. Sie erhoffen sich die Kontrolle asymmetrischer Kriege.

Aber es hat längst ein Wettüben auf diesem Gebiet begonnen. Über „einfache Kamikazedrohnen“ verfügen inzwischen auch Habenichtse. Bewaffnete Hubschrauberdrohnen wurden in Spanien und den vereinigten Emiraten entwickelt.

Wir wollen keine Kriege, deswegen wollen wir die Aufrüstung mit Kampfdrohnen verhindern. Wir sind hier in Schleswig-Jagel gefordert, denn hier ist die Aufrüstung der Bundeswehr mit Großdrohnen verortet. Wir müssen hier einen regionalen Widerstand aufbauen, es macht niemand anderes für uns. – Und wir müssen uns vernetzen.

Wir sind nicht allein. Kriegsgegner sind an vielen Orten gegen Drohnen aktiv. – Es gab auch einen kleinen Erfolg. Eine Verzögerung bei der Beschaffung wurde erreicht, weil im Juni 2017 im Haushaltsausschuss die 1 Milliarde Euro für das Kampfdrohnenprojekt nicht bewilligt wurden. Aus Wahlkampftaktischen Überlegungen haben SPD Abgeordnete einer Bewaffnung der Heron TP nicht zugestimmt. – Der grundsätzlichen Anschaffung der Heron TP hatte sie aber bereits zugestimmt.

Das Kampfdrohnenprogramm der Bundeswehr ist deswegen aber nicht beendet. Es wird neue Abstimmungen geben, die Entwicklung der europäischen Drohne ist davon nicht berührt. Die SPD hat für deren Entwicklung bereits 2016 zugestimmt.

Lasst uns diesen kleinen Erfolg ein Ansporn sein weiter gegen Kampfdrohnen aktiv zu bleiben. Wir werden in Jagel immer wieder vor das Tor zum Tod kommen und den Kampf gegen Krieg an unsere Wohnorte tragen.

Die Teilnehmer der Mahnwache werden in diesem Jahr zwei weitere Mahnwachen durchführen:

Am Sonnabend, 18.11.2017, wieder um „Drei vor Zwölf“. Dabei wird die Aufrüstung der Bundeswehr im Cyberkrieg Schwerpunktthema sein.

Am Sonnabend 16.12.2017, ebenfalls um „Drei vor Zwölf“, mit Musik und Tanz. Wir wollen dabei dem Militär vor der Nase heruntanzen.

Detlef Mielke, DFG-VK



21. August 2017 Foto: LEBENSLAUTE - Konzert-Aktion am Fliegerhorst Jagel

Waffensysteme. Die Information liefern die Drohnen, das Bombardieren und Beschießen übernehmen andere Elemente des Kampfnetzwerkes. Auch Kampfdrohnen operieren vernetzt, sie können zusätzlich zur Spionage aber auch noch den Beschuß ausführen. – Schneller töten ist das Ziel dieser Aufrüstung.

Die politische Funktion der Drohnen ist die von den Militärs angestrebte technische Überlegenheit. Noch können Drohnen wie die Heron I Gegner mit einer funktionierenden Luftabwehr nicht ausspionieren. Sie sind die Waffensysteme der technisch hochgerüsteten gegenüber den Habenichtsen. Mittels Drohnen-Technologie erhoffen die imperialistischen Staaten wie etwa

Hinter der Entscheidung für die IAI

Private Schulden zeigt wachsendes Armutproblem

Überschuldung ist die Pest des Konsumzeitalters: sie führt zu sozialer Isolation, ihr ist nur schwer beizukommen und sie ist ansteckend. Diesen Eindruck bekommt man zumindest, wenn man die neuesten Zahlen der Schuldenberatungsstellen anschaut. In Flensburg wuchert ein Überschuldungsproblem: „Seit 2011 ist die Anzahl der Beratungen um ca. 400 Fälle gestiegen.“ Das ist eine enorme Steigerung der Fallzahlen, obwohl doch die Konjunktur boomt. Tatsächlich liegen die Zahlen wohl höher. Es ist davon auszugehen, dass noch viel mehr Menschen betroffen sind. Gemeint sind nicht nur die Familienangehörigen der Schuldner wie zum Beispiel die Kinder, sondern eben auch Menschen, die hohe Schulden haben, sich aber vor dem Gang zur Beratungsstelle scheuen. Diese Dunkelziffer muss man zu den mehr als 2000 Beratungsfällen in Flensburg noch hinzurechnen.

Bei Überschuldung weiß man in der Regel nicht mehr ein noch aus. Die Überschuldung dreht den Schuldner im wahrsten Sinne des Wortes die Luft ab. Mit Schulden und entsprechende SCHUFA-Einträgen sinken die Einstellungschancen auf Null, denn Arbeitgeber möchten sich nicht mit Banken, Inkassounternehmen und Behörden herumschlagen. Bei Überschuldung droht der Verlust der Wohnung oder sogar des Umgangsrechts mit den eigenen Kindern. Überschuldung klebt wie Pech an den Schuldner.

Dazu kommt die soziale Ächtung, weil Schuldner Prasserei und Dummheit unterstellt wird. Zu blöd, um mit Geld umzugehen, lautet der Vorwurf. Selber schuld. Tatsächlich lösen „in der Regel unplanbare und gravierende Änderungen der Lebensumstände“, die Überschulden aus, wie das Statistische Bundesamt in seiner aktuellen Schul-

denstatistik herausgefunden hat. Ganz vorne bei den Gründen für die Überschuldung liegt dabei Arbeitslosigkeit. Sie ist die Überschuldensursache Nr. 1. Jeder fünfte Schuldner geriet durch den Verlust seines Arbeitsplatzes in die Schuldenspirale. Ohne geregeltes Einkommen oder durch geringeres Einkommen infolge von Arbeitslosigkeit I oder II können Kredite für Handy oder Sofa nicht bedient werden, so dass sich Zinsen und Kreditsumme im Handumdrehen zu einem fast unüberschaubaren Berg auftürmen. Jeder siebte Betroffene hatte einen Unfall oder wurde krank, so dass er oder sie die Kredite nicht mehr bedienen konnte. 14% geraten durch Trennung oder Tod des Partners in den Schuldurm. Nur jeder zehnte Schuldner ist nach der bundesweiten Statistik tatsächlich Opfer seiner unwirtschaftlichen Haushaltsführung und hat die Übersicht über Konsumkredite verloren. Die übrigen 89% der Schuldner verschulden sich also aufgrund einer neuen Lebenssituation. Sie geraten damit unverschuldet in einen Strudel, der sie und ihre Familien nach unten zieht. Durchschnittlich betragen die Schulden nämlich das 33fache des Einkommens; Statistiker nennen das Schuldenintensität. Das heißt, dass Schuldner erst nach fast zweieinhalb Jahren schuldenfrei sind, wenn sie denn ihr gesamtes Einkommen für den Schuldendienst verwenden würden. Diese Maßzahl verdeutlicht das Ausmaß der privaten Katastrophe.

Der Schuldenberg begräbt oftmals die private Existenz unter sich. Nach dem Jobverlust droht der Verlust der Wohnung. Der Flensburger Sozialatlas verzeichnet 614 alleinstehende Männer mit „Überschuldungsproblematik“, die sich an die Beratungsstelle wenden, weil sie ihre Wohnung nicht länger halten können. Der Druck ist enorm,

schreibt der Sozialatlas: „Bei den Betroffenen können wiederkehrende Mahnverfahren von Inkassounternehmen, Aufforderungen zu eidesstattlichen Versicherungen mit Haftandrohung, regelmäßige Besuche vom Gerichtsvollzieher sowie Drohanrufe von Gläubigern, auch zu ungewöhnlichen Zeiten, zu erheblichen physischen und psychischen Belastungen führen.“ Die Schuldner werden müde und sind immer weniger in der Lage, ihre Angelegenheiten zu regeln. Eine prekäre Situation.

Die Armut in Deutschland lässt sich nicht mehr verstecken, sie wird von Jahr zu Jahr deutlicher sichtbar. Der Wirtschaftsaufschwung, von dem so gerne geredet wird, geht an immer mehr Menschen schlicht vorbei. Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist von Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe abgehängt. Das ist ein Armutzeugnis für eines der reichsten Länder der Erde.

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT
liegt regelmäßig aus in der

OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
TABLEAU-KULTURCAFÉ
HAFERMARKT | KONTRASTE
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
VOLKSBAD



UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de